

# Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

**FU!**

Ausgabe 4/5/2020 · 66. Jahrgang G2977



Digitale  
**Bildung**

<b>Auf den Punkt gebracht</b>	2
<b>Schwerpunkt</b>	
<b>Digitale Bildung</b>	
Berufliche Bildung	5
Gute Bildung für alle	7
Digitale Integration von Frauen- Fem.OS	9
<b>Kinderschutz</b>	
Kinder besser vor sexuellem Missbrauch schützen	10
<b>Führungspositionen</b>	
Mehr Vielfalt	12
<b>Frau im Gespräch</b>	
Diversity ist wie Kapital Ana-Cristina Grohnert	14
<b>Frau &amp; Info</b>	15
<b>Globales Netzwerk</b>	
Sichtbarkeit und Gehör	16
<b>Campus der Demokratie</b>	
Repression, Revolution, Aufklärung	17
<b>Demokratiebewegung in Belarus</b>	
Die ganz normalen Frauen von Belarus	19
<b>Kreisvorsitzenden-Konferenz</b>	
#KVK-Klartext!	21
<b>Frau vor Ort</b>	
Es geht voran	22
<b>Frau &amp; Info</b>	23
<b>Impressum</b>	23



*Liebe Frauen,*

diese Kolumne wird im Lockdown-Light geschrieben. Das Virus bestimmt in diesem Jahr nicht nur, wo und wie wir arbeiten, sondern es beeinflusst auch, wie wir leben und unser Miteinander. Dank der hohen Disziplin vieler Menschen und dem Grundverständnis, dass wir durch ein solidarisches Verhalten diese Zeit am besten durchstehen, steht Deutschland tatsächlich besser da, als viele andere Staaten in Europa und der Welt. Das dürfen wir jetzt nicht verspielen, sondern müssen gerade jetzt im Winter gut überlegt und verantwortungsvoll handeln. Es freut mich besonders, dass mit BioNTech und CureVac zwei Firmen aus Deutschland bei den ersten sind, die hoffnungsvolle Forschungserfolge für Impfstoffe vermelden können. Auch wenn möglicherweise schon in wenigen Wochen die ersten Menschen geimpft werden können, wird es Zeit brauchen, alle die das möchten, mit dem Impfstoff zu versorgen.

Dass sich das Bohren dicker Bretter lohnt, hat die Einigung für das Zweite Führungspositionen-Gesetz in der zuständigen Koalitionsarbeitsgruppe gezeigt. Gemeinsam haben wir seitens CDU und CSU den Einigungen unsere Prägung gegeben: Mehr Frauen in Führungspositionen, aber mit einer klaren Priorität dort, wo der Bund in der Verantwortung steht. Wir berücksichtigen mit abgestuften Vorgaben unterschiedliche Gegebenheiten in privaten und öffentlichen Unternehmen.

Der Vorschlag sieht erstmals verbindliche Vorgaben für mehr Frauen in Vorständen vor. In Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern muss künftig ein Mitglied eine Frau sein. Für die Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes wurde eine Aufsichtsratsquote von mindestens 30 Prozent und eine Mindestbeteiligung in Vorständen mit mehr als zwei Vorständen vereinbart. Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts wie zum Beispiel Krankenkassen, Renten- und Unfallversicherungsträgern sowie der Bundesagentur für Arbeit soll ebenfalls eine Mindestbeteiligung bereits bei zwei Vorständen eingeführt werden. Damit werden erstmals gesetzliche Vorgaben für Vorstände kommen und wichtige Sozialversicherungsträger mit hunderttausenden weiblichen Arbeitnehmerinnen einbezogen. Dieses Ergebnis wird in der

nächsten Woche den Koalitionsspitzen zur abschließenden Entscheidung vorgelegt. Der Kabinettsbeschluss soll zeitnah erfolgen. Gemischte Teams sind ein Erfolgsrezept – nicht nur in Krisenzeiten.

Die Digitalisierung der Bildung steht auch schon länger auf der politischen Agenda, eine flächendeckende Umsetzung der Maßnahmen in den Ländern und Kommunen steht allerdings noch aus. Der durch die Corona-Pandemie ausgelöste Digitalisierungsschub in den Schulen und der beruflichen Bildung ist ein wichtiger Impuls.

Der Lockdown im Frühjahr mit den Schließungen von Schulen und Universitäten hat überdeutlich klar gemacht, wie wichtig Fortschritte nicht nur bei der Ausstattung von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern, sondern gerade auch bei Lernkonzepten und der Lehrerfortbildung sind. Digitalisierung ist gerade kein Projekt für Eliten, sondern muss den Lernerfolg auch für Kinder aus sozial-schwachen und bildungsfernen Schichten besser ermöglichen, wenn Präsenzunterricht nicht möglich ist. Das Umsetzungstempo muss allerdings noch deutlich höher werden, das zeigen die Debatten um Schüler in Quarantäne und hybriden Unterricht. Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen unter Corona-Bedingungen wird es nur mit raschen Fortschritten in diesem Bereich geben.

Digitalisierung ist auch das richtige Stichwort für unsere Partei. Nachdem wir wegen der steigenden Corona-Erkrankungen den geplanten CDU-Bundesparteitag am 4. Dezember in Stuttgart bedauerlicherweise als Präsenzveranstaltung verschieben mussten, wird jetzt unter Hochdruck an Alternativen gearbeitet. Wir brauchen verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen für Parteien, um in einer solchen Ausnahmesituation einen digitalen Parteitag mit gültigen Vorstandswahlen durchführen zu können. Für die CDU geht es jetzt darum, was technisch und rechtlich möglich ist. Dabei schauen wir zuversichtlich nach vorn und arbeiten an Lösungen, um den Parteitag bestmöglich durchführen zu können.

Am 27. November ist die Vorstellung der Kandidaten für die CDU-Mitglieder gestartet. Es gibt drei CDU Live-Formate mit den drei Kandidaten um den CDU-Vorsitz, zwei gemeinsame Kandidatenrunden und drei Briefe per Mail

an die Parteimitglieder. Voraussichtlich Mitte Januar wählt der CDU-Parteitag dann einen neuen Bundesvorstand.

In direkten Gesprächen werden auch wir als Frauen Union den Kandidaten die Erwartungen der Frauen verdeutlichen. Wir erwarten, dass die Sichtweisen und Erfahrungen von Frauen vom künftigen Parteivorsitzenden berücksichtigt werden, denn sie sind zentral für die Zukunfts- und Mehrheitsfähigkeit unserer Partei.

Am 25. November stand wieder der Tag gegen Gewalt an Frauen im Kalender. Die neusten Zahlen des Bundeskriminalamtes belegen, dass gerade die häusliche Gewalt gegen Frauen zunimmt. An fast jeden dritten Tag stirbt eine Frau durch die Tat ihres Partners oder Ex-Partners. Etwa alle 45 Minuten wird eine Frau durch ihren Partner verletzt oder angegriffen.

Besonders bedrückend ist sexuelle Gewalt gegen Kinder. In diesen Corona-Zeiten müssen wir noch aufmerksamer sein, um zu erkennen, dass Gewaltopfer Hilfe brauchen. Meine Kollegen Nadine Schön und Thorsten Frei geben uns in dieser Ausgabe einen Überblick über die familien- und rechtspolitischen Maßnahmen für die Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch.

Die Adventszeit ist eine Zeit der Hoffnung. Die Meldungen über die Zulassung von Impfstoffen sind gute Hoffnungszeichen, dass das nächste Jahr wieder planbarer wird. Bis dahin heißt es aber, persönliche Kontakte zu reduzieren und den Aktionsradius zu verkleinern. Umso wichtiger ist es, niemanden aus dem Auge zu verlieren. Rufen wir Freunde und Bekannte an, die allein leben, damit keiner einsam ist. Neben Skype oder Zoom freuen sich die Menschen auch über einen handgeschriebenen Brief oder eine Postkarte.

Blieben Sie gesund!

*Herzlichst,*

*Annette Widmann-Mauz*

Annette Widmann-Mauz

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



# Digitale Bildung

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek hat die digitale Modernisierung des deutschen Bildungssystems als eine „Mammutaufgabe“ bezeichnet.

Wir brauchen einen Digitalisierungsschub in der Bildung. Dabei muss die digitale Bildung in den Klassenzimmern, den Hörsälen, Berufsschulen und Betrieben angekommen. Mit über sieben Milliarden Euro von Bund und Ländern sollen die Voraussetzungen für Bildung in der digitalen Welt vorangetrieben werden.

Die aktuelle Corona-Situation hat die Notwendigkeit für entschiedenes Vorgehen in allen Bereichen überdeutlich gemacht und so auf allen Ebenen einen Schub gebracht und so manches beschleunigt.

Dennoch: Vieles dauert zu lange. Gerade in der Pandemie brauchen wir greifbare Fortschritte bei der Digitalisierung damit Bildung für alle möglich ist.



Die berufliche Bildung ist Aushängeschild und Erfolgsgarant der deutschen Wirtschaft.

# Berufliche Bildung

Noch vor einem Jahr diskutierten Firmen über das Potenzial von Homeoffice, Online-Meetings und flexiblen Arbeitszeiten. Heute sind diese Formen des Arbeitens Realität – plötzlich funktioniert es! Die Corona-Pandemie verstärkt den digitalen Wandel, der in vielen Branchen seit Jahren voranschreitet: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen arbeiten zunehmend mobil, feste Arbeitsplätze im Büro werden abgeschafft, Schulen speichern ihr Unterrichtsmaterial in Clouds, Roboter sollen das Pflegepersonal entlasten und in einigen Fällen werden fehlende Spezialteile bereits mit 3D-Druckern produziert.

Wenn menschliche Tätigkeiten automatisiert und durch Maschinen ersetzt werden, wird die Digitalisierung als Bedrohung wahrgenommen. Auf die Sorgen der Menschen, die durch die Digitalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren könnten, muss eingegangen werden. Das betrifft zum Beispiel die Kassiererinnen und Kassierer oder die Bankkauffrauen und -männer. Wenn digitale Anwendungen die menschliche Arbeit hingegen unterstützen, ist die Digitalisierung hilfreich. Beispielsweise können technische Abläufe mit Hilfe einer virtuellen Arbeitsbrille erklärt werden, das digitale Speichern von Gesundheitsdaten erleichtert Arbeitsvorgänge, Softwareanwendungen bringen Produktionen voran. Herausforderungen und Chancen gehen also mit der Digitalisierung einher. Idealerweise sollte die Digitalisierung zukünftig bestmöglich genutzt werden, ohne dabei die damit einhergehenden Veränderungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Blick zu verlieren.

Auf welche Art und Weise muss die berufliche Bildung an die neuen Anforderungen einer digitalen Arbeitswelt angepasst werden? Inwieweit müsste die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung weiterentwickelt werden? Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf die berufliche Bildung? Um diese Fragen geht es in der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“.

Die im Juni 2018 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission analysiert die berufliche Aus- und Weiterbildung, prüft ökonomische und soziale Herausforderungen und leitet daraus konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik ab. 19 Abgeordnete und 19 Sachverständige aus Praxis, Verbänden und Wissenschaft arbeiten zusammen an einem Abschlussbericht, der nächstes Jahr vorgestellt wird.

Um die Wirtschaftskraft Deutschlands zu stärken, die Teilhabe und Integration junger Menschen zu fördern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, brauchen wir eine starke berufliche Bildung. Dass Deutschland im europäischen Vergleich eine geringe Jugendarbeitslosigkeit vorweist, ist maßgeblich auf die duale Ausbildung zurückzuführen. Die berufliche Bildung ist Aushängeschild und Erfolgsgarant der deutschen Wirtschaft. Sie zu fördern ist mir schon immer ein Herzensanliegen – daran arbeiten wir in der Enquete-Kommission. Ich habe eine berufliche Ausbildung als Industriekauffrau absolviert und selbst ausgebildet. Die eigenen Erfahrungen und jahrelange Tätigkeiten in der Branche helfen mir bei meiner Arbeit im Bundestag.



# Gute Bildung für alle



Chancengerechtigkeit in Zeiten einer Pandemie – Informationen über Programme zur Digitalisierung des Bildungssystems stehen auf der Homepage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: <https://www.bmbf.de/de/bildung-digital-3406.html>.

Es ist die größte Herausforderung unseres Bildungssystems: Chancengerechtigkeit. Jahr für Jahr stellen die PISA-Studien den starken Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozioökonomischem Hintergrund fest. Und das, obwohl sich die Kompetenzen der Kinder durchschnittlich verbessert haben, nachdem Bund und Länder nach dem PISA-Schock im Jahr 2000 viele Maßnahmen auf den Weg gebracht haben: leistungsschwache Schülerinnen und Schüler und Kinder mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern, allgemein das Interesse am Lesen zu wecken, den Mathematikunterricht zu verbessern und die Lehrerausbildung zu modernisieren.

Gute Bildung für alle und damit verbundene Aufstiegschancen zählen im 21. Jahrhundert zu den wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Alle Kinder und Jugendlichen verdienen gute Bildung und klischeefreie Förderung von Talenten, bei Mädchen und jungen Frauen zum Beispiel in MINT (Mathe, Ingenieur-, Naturwissenschaften, Technik). Das ist die beste Voraussetzung für einen erfolgreichen Lebensweg. In vielerlei Hinsicht ist unser Bildungssystem gut aufgestellt, und dennoch ist es besorgniserregend, dass nach wie vor die soziale Herkunft oftmals über Lebenschancen bestimmt.

Und jetzt noch eine Pandemie, die mit wochenlangen Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten und Kurzarbeit am Lernort Unternehmen das Problem noch verschärft: Bildungsforscher beziffern die Folgen der Lernverluste für die „Corona-Generation“ auf ein Minus von bis zu drei Prozent des Lebensinkommens. Es ist anzunehmen, dass die ohnehin als „bildungsbenachteiligt“ gelten-

den Schülerinnen und Schüler sich beim Lernen zuhause, ohne feste Tagesstruktur und direkte Ansprache durch Lehrkräfte, besonders schwergetan haben. Der soziale Kontakt, der direkte Austausch untereinander, ist nicht nur für den Lernerfolg wesentlich, sondern auch für die Fröhlichkeit, insbesondere bei Kindern aus bildungsbenachteiligten Familien. Denn durch den Kontaktverlust zu Gleichaltrigen stieg häufig die Mediennutzung, es gab zu wenig Bewegung, hat eine Studie der Uniklinik Leipzig ermittelt. Wie die psychischen Belastungen aus dem Lockdown langfristig wirken werden, ist noch gar nicht umfänglich abzusehen. Dies gilt sicherlich für Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden wie an berufsbildenden Schulen. Wie durch ein Brennglas legte die Pandemie auch offen, wie groß der Digitalisierungsbedarf der Schulen ist.

Denn während die Hochschulen – unter großer Anstrengung – in den allermeisten Fällen eine recht reibungslose Umstellung für ein digitales Corona-Semester leisteten und Lehrveranstaltungen in digitaler Form umfänglich anbieten konnten, sah die Situation an den Schulen – teilweise sogar je nach Schulklasse – ganz unterschiedlich aus, oft leider sehr unbefriedigend.

Die teilweise vorhandenen pädagogischen Konzepte für digitale Lernsituationen sind den meisten Lehrkräften unbekannt, sie sind nicht überall Teil der regulären Lehramtsausbildung. So zeigte sich hier im Zweifelsfall: wer zuhause von den Eltern motiviert und beim Lernfortschritt unterstützt werden kann, ist klar im Vorteil. Eine ungute Verstärkung der bestehenden Abhängigkeit des Bildungserfolgs von sozialer Herkunft!

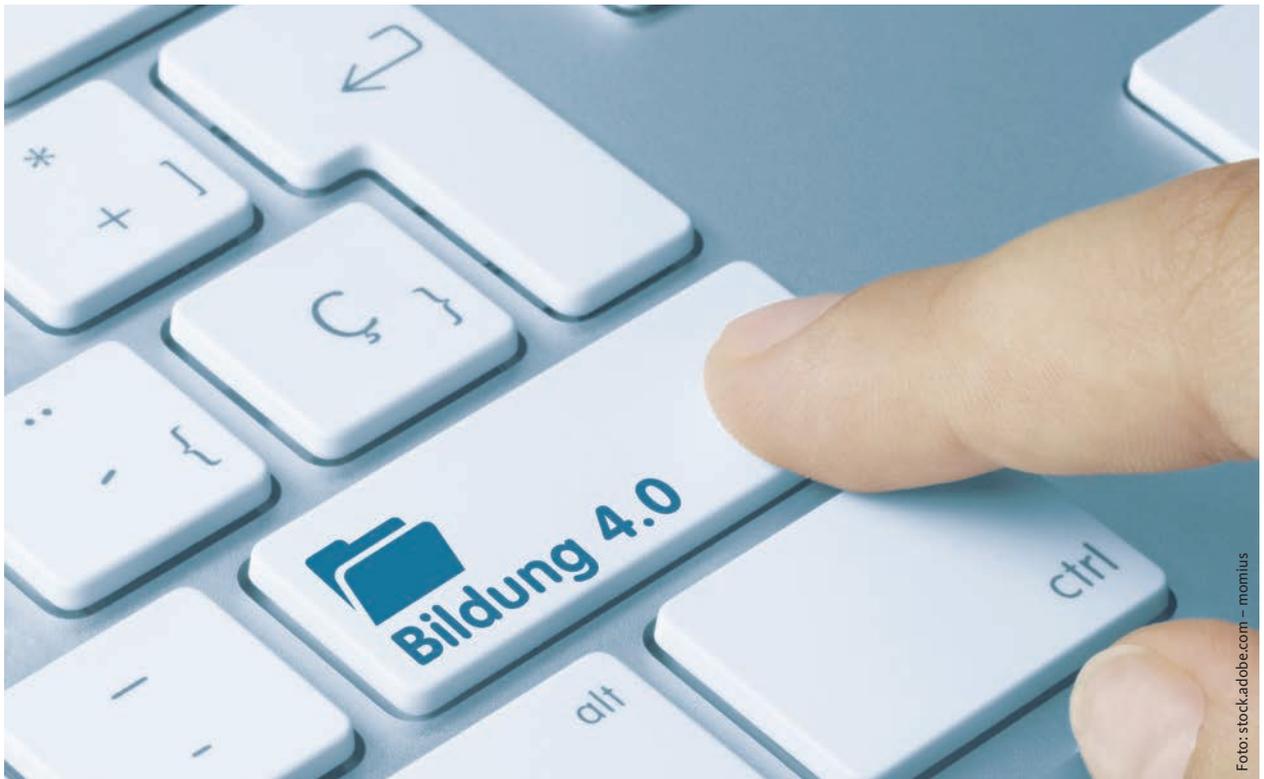


Foto: stock.adobe.com – momius

Auch für die Studierenden bringt das digitale Semester große Einschränkungen mit sich. Gerade für Erstsemester, die als erste in der Familie studieren, ist es am Anfang des Studiums wichtig, sich mit ihren Mitstudierenden austauschen zu können bei den Herausforderungen der Studienorganisation, dem sich Einfinden an der Hochschule. Die Eltern können dabei keine Hilfestellung bieten. Eine mögliche Folge der Pandemie könnte aufgrund der kaum gegebenen physischen Kennenlernmöglichkeiten leider auch erhöhte Studienabbruchquoten, besonders bei Nichtakademiker-Kindern, bedeuten. Auch was internationale Erfahrungen betrifft, erschwert die Pandemie zum einen die Ausreise für Gastsemester im Ausland, zum anderen auch das Kennenlernen ausländischer Studierender an der Heimathochschule.

Das gilt auch für die Berufliche Bildung: Nach einer EU-Ratsempfehlung sollen acht Prozent aller Lernenden in der Beruflichen Bildung eine Lernerfahrung im Ausland machen; dafür gibt es über ErasmusPlus wie für Studierende Stipendien. Von diesem Ziel sind wir ohnehin noch weit entfernt, zudem konzentrieren sich die mobilen Auszubildenden in wenigen, hauptsächlich kaufmännischen Berufen, während zum Beispiel Auszubildende im Handwerk kaum je ins Ausland gehen. Auch das ist mit Blick auf Chancengerechtigkeit problematisch und wird verstärkt durch die Pandemie, in der der physische Austausch beinahe zum Erliegen kommt. Zudem gilt hier wie für Studierende: ohne die Möglichkeit, Europa in seiner Vielfalt selbst zu erfahren, entfällt eine große Chance auf interkulturelle Bildung und die Ausbildung einer europäischen Identität.

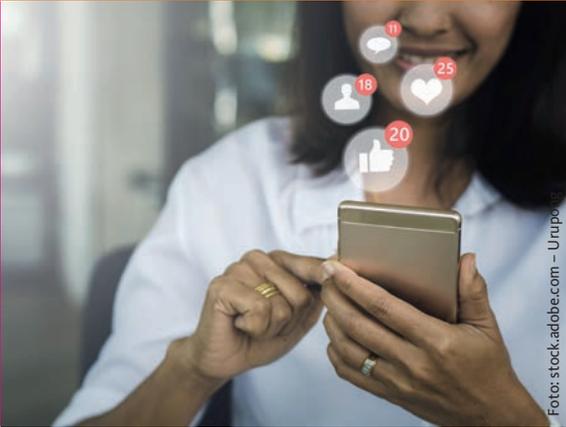
Leider müssen wir feststellen, dass die Fortschritte für einen chancengerechten, auf Wechsel zwischen Präsenz- und digitalem Format ausgelegten Unterricht, kaum wahrnehmbar sind.

Zwar haben wir einiges angeschoben, aber die Prozesse sind zu langsam: das Förderprogramm für digitale Endgeräte für benachteiligte Schülerinnen und Schüler wurde beschlossen, doch erst ab Herbst sollen endlich die ersten Geräte an Schulen ausgeteilt werden. Auch für die Lehrer soll es aus Mitteln des Bundes bald Dienst-Laptops oder Tablets geben. Aber: Für pädagogisch-didaktische Konzepte, wie alle Lernenden individuell in hybriden oder teils rein digitalen Lernsituationen bestmöglich gefördert werden, sind die meisten (Berufs-)Schulen nicht startbereit.

Die digitale Lehrerweiterbildung, auch bei Berufsschullehrern und Ausbildern in den Betrieben, lässt auf sich warten. Der Bund hat Mittel für „digitale Hausmeister“ angekündigt, wenn die Länder entsprechend ihrer Zuständigkeit die digitale Weiterbildung für Lehrer endlich ausbauen, die Verhandlungen dazu laufen.

Im Sinne der Chancengerechtigkeit, für die die Digitalisierung eigentlich beste Möglichkeiten bietet, können wir nur hoffen, dass alle Beteiligten ihr Tempo erhöhen.

Sybille Benning MdB ist stellv. Vorsitzende  
des Ausschusses für Bildung, Forschung,  
Technikfolgenabschätzung



Das Projekt Fem.OS [Frauen (femina; female) und Orientierungs-System]: Aufsuchendes Orientierungs- und Beratungssystem in den sozialen Medien für Migrantinnen.

# Digitale Integration von Frauen – Fem.OS

Mit Blick auf die Demografie und hunderttausende unbesetzte Arbeits- und Ausbildungsplätze müssen wir die Potenziale in Deutschland konsequent fördern und fordern. Im Bildungswesen, in der Berufsbildung, am Arbeitsmarkt. Dazu gehören selbstverständlich die Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Wichtig ist mir hier ein Fokus auf Frauen mit Einwanderungsgeschichte. Sie haben oft Hemmungen zu Behörden zu gehen, kämpfen mit der deutschen Sprache und kümmern sich um die Kinder. Bei ihrer Integration am Arbeitsmarkt müssen wir besser werden. Nötig sind deshalb leicht zugängliche Beratung und Unterstützung in ihrer Muttersprache.

Ein besonderer Nachholbedarf besteht bei geflüchteten Frauen, die seit 2015 zu uns gekommen sind. Trotz ähnlicher Bildungsvoraussetzungen und Ambitionen wie die Männer kommen sie seltener im Arbeitsmarkt an. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Der Integrationserfolg der Frauen prägt auch den der nächsten Generationen.

Nach dem Ausfall der persönlichen Beratungskurse ist eine zentrale Lehre aus der Corona-Zeit: Wir brauchen eine Digital-Offensive! Beim Sprachlernen, bei der Berufsbildung, bei der Beratung. Das muss auch mehrsprachig, einfach zugänglich und auch in den sozialen Medien möglich sein.

Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und treibe ich als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration frauenspezifische Maßnahmen in der Arbeitsvermittlung und Weiterbildung voran. Dabei setzen wir ganz gezielt auf die sozialen Medien.

Neu ist zum Beispiel das Projekt Fem.OS. Damit erreichen wir hunderttausende Einwanderinnen in Deutschland bei Facebook und WhatsApp. Wir wissen aus Erfahrung, dass Frauen mit Migrationshintergrund häufiger als Männer nach Informationen in sozialen Medien suchen, die für sie relevant sind. Vorteil: Der Zugang ist für sie niedrigschwellig und überall von ihrem Mobiltelefon aus verfügbar.

Die Beratung erfolgt über 10 professionelle Facebook-Accounts in zehn Sprachen. Sowohl in Deutsch als auch in den Sprachen der größten Nicht-EU-Migrantengruppen: Arabisch, Englisch, Französisch, Paschtu, Persisch (Persisch), Portugiesisch, Russisch, Serbisch, Spanisch und Türkisch. Zusätzlich sind die Beraterinnen in Facebook-Gruppen aktiv. Diese sind oft als reine Frauengruppen organisiert wie beispielsweise „Persische Frauen in Deutschland“. Dort sind die Beraterinnen aktiv, beantworten alle Fragen zu Bildung und Beruf und schaffen Kontakt zu den Arbeitsagenturen und Jobcentern in Deutschland. Durch die rechtliche Anleitung der Beratung durch Juristinnen im Team wird Verlässlichkeit und Qualität sichergestellt. Mitte Oktober erreichten wir bereits 900 000 Frauen in Berlin und Hamburg genauso wie in bayerischen Dörfern. Unabhängig von der Infrastruktur vor Ort. Eine großartige Bilanz. In diesem Ressourcen schonenden Ansatz liegt die Zukunft.

Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB  
ist Beauftragte der Bundesregierung für Migration,  
Flüchtlinge und Integration

# Kinder besser vor sexuellem Missbrauch



Foto: Thorsten Frei, MdB

Immer wieder werden Namen deutscher Städte zum Synonym für fürchterlichste Taten, begangen an kleinen und kleinsten Kindern: Staufen, Münster, Bergisch-Gladbach, Lügde. Gleich bleibt: Je mehr wir über dieses widerliche Feld der Kriminalität aus Kindesmissbrauch und Kinderpornographie erfahren umso mehr wachsen unser aller Wut, Empörung und Fassungslosigkeit.

Seit vielen Jahren schon versucht die CDU/CSU-Fraktion, Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken, diese völlig berechtigte Empörung zu übersetzen in wirklich wirksame Maßnahmen des Gesetzgebers zum Schutze unserer Kinder. Viel zu oft aber sind diese Vorstöße am Widerstand der SPD gescheitert. Oft nach Monaten, Jahren des Drängens konnten wir dann einzelne, mal kleinere, mal größere Schritte gehen: so etwa jetzt im Frühjahr 2020 mit der Versuchsstrafbarkeit des Cybergroomings und der überaus wichtigen Möglichkeit für Ermittler, sich mit computergenerierten Bildern Zutritt zu Kinderschänderforen zu verschaffen.

Als dann im Sommer die unerträglichen Bilder, Zahlen, Informationen über das Geschehen in einer Laube in Münster die Medien füllten, erklärte die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) endlich, dass sie einen Gesetzesentwurf vorlegen würde, in dem sie unter anderem den sexuellen Missbrauch von Kindern zum Verbrechen hochstufen wollte. Dieser Entwurf hat nun am 21. Oktober 2020 das Bundeskabinett passiert. Das Gesetz ist eine bis vor kurzem noch kaum vorstellbare Kehrtwende: Auch die so oft als „Bildchenguickerei“ zu Unrecht verharmloste Kinderpornographie soll künftig mindestens mit einem Jahr Haftstrafe als Verbrechen geahndet werden. Einfuhr, Besitz und Handel mit den überaus widerwärtigen Kindersexpuppen soll unter Strafe gestellt werden. Die Ermittler erhalten bessere Möglichkeiten, bei Sexualdelikten gegen Kinder die Online-Überwachung und die Quellen-Telekommunikation anzuwenden. Künftig sollen Kinder in familiengerichtlichen Verfahren angehört werden müssen, mit ganz engen Ausnahmen. Einheitliche und verbesserte Qualifikationen für Familienrich-

ter sollen dazu beitragen, unheilvolle Fehleinschätzungen bei Gerichten und Jugendämtern möglichst zu verhindern.

Für uns als Union ist dieser Gesetzesentwurf ein großer Erfolg. Er zeigt: Es lohnt sich, beharrlich immer wieder wichtige Themen voranzutreiben. Er zeigt aber auch, dass noch viele weitere Schritte erforderlich sind, wenn wir wirklich den Sumpf aus sexuellem Missbrauch und Kinderpornographie ein für alle Mal trockenlegen wollen: Wir müssen dafür sorgen, dass es für die Ermittler leichter wird, etwa zur Nachtzeit die Nutzer von Kinderschänderforen am offenen Rechner zu erwischen. Wir müssen darauf dringen, dass die Vorratsdatenspeicherung soweit irgend möglich wieder in Kraft gesetzt wird und dass wir die Pflicht für die Provider, die genutzten IP-Adressen zu speichern, von den bisher zehn Wochen auf sechs Monate verlängern. Denn Ermittlungen dürfen nicht daran scheitern, dass die Verbindungsdaten zwischenzeitlich gelöscht wurden. Wir müssen Anleitungen für den Missbrauch von Kindern, wie sie unter Pädokriminellen kursieren, unter Strafe stellen. Wir müssen Kindersextäter leichter als bisher zum Tragen elektronischer Fußfesseln verpflichten. Wir können und dürfen nicht nachlassen in unserem Kampf dafür, dass Kinder in Deutschland vor Sexualtätern bewahrt werden. Es ist eines der zentralen Anliegen der Rechtspolitik der Union in dieser Wahlperiode, und es muss und wird auch in der nächsten Wahlperiode höchste Priorität haben. Wir sind es unseren Kindern schuldig. Tag für Tag.

Thorsten Frei MdB ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

# brauch schützen



Thorsten Frei und Nadine Schön stellen rechtspolitische und familienpolitische Ansätze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Kampf gegen Kindesmissbrauch vor.

Die spektakulären Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Lügde, Münster und Bergisch-Gladbach haben dazu geführt, dass Bundesjustizministerin Lambrecht endlich ihren Widerstand gegen Strafverschärfungen für diese Verbrechen aufgegeben hat. Ein Gesetzentwurf, der viele langjährige Forderungen der Union aufgreift, befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung. Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt.

Aber gerechtfertigte Strafverschärfungen allein genügen nicht, wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche besser vor sexueller Gewalt zu schützen. Wir müssen größere Anstrengungen unternehmen, damit es gar nicht erst zu den schlimmen Taten kommt. Daher fordern wir flächendeckend Schutzkonzepte für Kitas und Kindertageseltern, für Schulen, Heime und Pflegefamilien. Und wir brauchen Schutzkonzepte im Ehrenamt: im Sport genauso wie im Kinder- und Jugendchor oder im Jugendorchester. Bei der Entwicklung dieser Schutzkonzepte dürfen wir die Ehrenamtlichen nicht allein lassen. Mit Online-Schulungen können wir sie fit machen für die Entwicklung und Anwendung der Schutzkonzepte. Auch die neue „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ ist hier gefordert.

Bei den Präventionsmaßnahmen müssen wir auch die sexuellen Übergriffe unter Gleichartigen stärker in den Blick nehmen. Peer2Peer-Missbrauch ist ein immer häufiger vorkommendes Phänomen. Es reicht von verbalen sexuellen Belästigungen über die Veröffentlichung intimer Fotos ehemaliger Freunde und Freundinnen in den sozialen Netzwerken bis zur sexuellen Gewalt mit Körperkontakt. Auf Initiative der Union wird derzeit ein Modellprojekt zur

Prävention von Peer2Peer-Gewalt auf den Weg gebracht. Ein guter Anfang, der flächendeckend ausgeweitet werden muss.

Wir appellieren an die Bundesländer, eine lückenlose Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen für Kinder ab der Geburt bis zum 10. Lebensjahr sicherzustellen. So werden Kinder in geeigneten Abständen immer ärztlich untersucht und es besteht die Chance, gravierende Verletzungen des Kindeswohls zu bemerken. Ärzte, die nicht sicher sind, wie eine Verletzung des Kindes einzuordnen ist, können sich an die medizinische Kinderschutzhotline wenden, ein 24 Stunden erreichbares telefonisches Beratungsangebot, das auf Initiative der Union vom Bundesfamilienministerium finanziell gefördert wird. Ein weiterer wichtiger Präventionsbaustein ist die Reform des Jugendmedienschutzes, damit Kinder und Jugendliche auch im Netz besser vor Übergriffen geschützt werden. Der Gesetzentwurf dazu kommt bald in die parlamentarische Beratung.

Nicht zuletzt müssen wir alle sensibler für das Thema werden. Wir müssen lernen, wie man erkennt, ob Kinder gefährdet sind und an wen man sich wenden kann, um Hilfe und Unterstützung zu bekommen. Und wir müssen die schon bestehenden Hilfsangebote wie das Hilfetelefon Sexueller Missbrauch sowie die Medizinische Kinderschutzhotline bekannter machen. Dazu werden wir im Haushalt für das nächste Jahr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Nadine Schön MdB ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Die AllBright Stiftung ist eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Stockholm und Berlin. Sie setzt sich für mehr Frauen und Diversität in den Führungspositionen der Wirtschaft ein.

# Mehr Vielfalt

Rund 90 Prozent der Vorstandspeditionen sind heute in Deutschland mit Männern besetzt. So tief sind Stereotype Rollenvorstellungen hierzulande noch verwurzelt, dass viele tatsächlich glauben, dies müssten die für diese Positionen qualifiziertesten Personen sein. Nur wären dort, ginge es tatsächlich nach Talent und Qualifikation, etwa zur Hälfte Frauen zu finden. Deutsche Unternehmen gehen hier einen im Ausland teils schon belächelten Sonderweg.

Der ohnehin anachronistisch geringe Frauenanteil in den Vorständen ist bei den 30 DAX-Unternehmen im Krisenjahr 2020 noch weiter gesunken. Deutsche Konzerne strukturieren ihre Führungsetagen um, allerdings ganz anders als ihre Wettbewerber in den USA, Großbritannien, Frankreich, Schweden oder Polen. Während dort die Vorstände deutlich weiblicher werden, sind in Deutschland zwei Mechanismen zu beobachten: eine Verkleinerung der Vorstände und der Rückgriff auf Gewohntes, „Altbewährtes“ – man setzt auf Männer.

Viel häufiger als in den Vorjahren haben sich die deutschen Konzerne im Krisenjahr von Frauen in den Vorständen verabschiedet. So ist der Frauenanteil bei den 30 DAX-Unternehmen auf den Stand von 2017 gefallen und es stehen nicht mehr sechs, sondern ganze elf DAX-Unternehmen ohne eine einzige Frau im Top-Management da. Mit dieser Entwicklung ist Deutschland in unserem internationalen Vergleich ganz allein: nirgends ist das Festhalten an veralteten Führungsstrukturen so zäh. In den USA beispielsweise ist der Frauenanteil im Top-Management mehr als doppelt so hoch und steigt weiter – auch und gerade in Krisenzeiten.

Was anderswo als Chance zur Weiterentwicklung der Unternehmen gesehen wird, gilt in Deutschland als schwieriges, fast unlösbares Problem. So stecken die überwiegend rein männlichen Unternehmensführungen noch immer viel Energie ins Begründen, warum es gerade in ihrem Unternehmen, gerade in ihrer Branche so schwierig ist, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Diese Energie wäre wesentlich besser in die Entwicklung einer Vision von moderner Führung investiert, mit der sie ihr Unternehmen erfolgreich in die Zukunft bringen.

Anstatt Frauen ganz einfach ebenso zu befördern wie Männer ist es in den deutschen Unternehmen üblich, sie zunächst mit vielerlei Fördermaßnahmen zu „optimieren“. Frauen sind aber gut, wie sie sind. Und wenn sie sich in der Führung an manchen Stellen anders verhalten als Männer, gilt es, sich daran zu gewöhnen. Will ein Unternehmen von den Vorteilen divers zusammengesetzter Teams profitieren, ist das sogar entscheidend.

Männer müssen viel stärker in diesen gesellschaftlichen Veränderungsprozess eingebunden werden – es geht hier nicht um eine Frauenfrage, es geht um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Unternehmen und Staat, Männer und Frauen gefordert sind. Keiner dieser Akteure kann allein die Veränderung bewirken, nachhaltig geht das nur im Zusammenspiel.

Es ist dabei vor allem Sache der Unternehmen, an ihren Strukturen zu arbeiten, um eine Balance von Männer- und Frauenkarrieren zu erreichen. Und dazu gehört es insbesondere, von Männern und Frauen grundsätzlich dasselbe zu erwarten (denn das ist derzeit nicht der Fall):

## Zweites Führungspositionengesetz

**Das FÜPoG II soll noch in dieser Legislatur verabschiedet werden. Eine Arbeitsgruppe der Regierungsfractionen berät derzeit über die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen:**

- Wir wollen die Wirksamkeit des Gesetzes verbessern, indem wir die Nichteinhaltung der Meldepflicht für Zielvorgaben für Vorstände und Führungsebenen und die Begründungspflicht bei der Angabe Zielvorgabe „Null“ sanktionieren.
- Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen des öffentlichen Dienstes bis 2025 erreichen.
- Wir wollen prüfen, wie eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst auf Unternehmen mit wesentlicher Bundesbeteiligung und Körperschaften des Öffentlichen Rechts auf Bundesebene umgesetzt werden kann.

Auch Frauen wollen Karriere machen. Und auch Väter sollten die Freiheit haben, sich stärker für ihre Familien zu engagieren, Elternzeit zu nehmen und Teilzeit zu arbeiten, auch in Führungspositionen. Arbeitgeber, die eine bessere Balance erreichen wollen, müssen dazu ermuntern und es nicht nur zähneknirschend hinnehmen. Das ist es, was Männer in diesem Veränderungsprozess zu gewinnen haben.

Und wenn die Politik nun über eine Geschlechterquote für Vorstände nachdenkt, sollte sie konsequenterweise noch einmal ihr ganzes Instrumentarium in den Blick nehmen. Zurzeit ist es nicht gut abgestimmt: am obersten Ende der Karriereleiter gibt es eine Quote, und am unteren Ende tritt ein anderes staatliches Instrument auf die Bremse: Mit dem Ehegattensplitting macht es der Staat den Unternehmen unnötig schwer, mehr Führungsfrauen zu entwickeln. In keinem der oben genannten Länder arbeiten Frauen so wenig wie in Deutschland. Wer in geringer Teilzeit arbeitet, wird aber selten Führungskraft. Es könnte mehr weibliche Führungskräfte geben, wenn das deutsche Steuersystem nicht einen so starken Anreiz setzte, sich Erwerbs- und Familienarbeit eben nicht partnerschaftlich aufzuteilen. Das Splitting zementiert unnötig das Modell „Er macht Karriere und sie verdient ein wenig hinzu“ – es gibt bessere Wege der Familienförderung, die nicht auf Kosten der finanziellen Unabhängigkeit und Karriereentwicklung der Frauen gehen. Da sollten dringend attraktive Alternativen erarbeitet werden.

Soll nachhaltig mehr Vielfalt in die Führung kommen, müssen Staat und Unternehmen die Bedingungen dafür

schaffen, dass beide Partner sich beruflich engagieren und vollzeitnah arbeiten können – und dass ein Leben mit Kindern und Beruf möglich wird, das für alle Beteiligten auch lebenswert ist. Auf allen Hierarchieebenen, bis in den Vorstand. Schweden kann hier als gutes Beispiel dienen: Es arbeiten mehr Frauen, sie arbeiten länger, sind häufiger in Führungspositionen und bekommen mehr Kinder als in Deutschland.

Und eine kritische Öffentlichkeit, Männer wie Frauen, muss Chancengleichheit und Diversität selbstverständlich und selbstbewusst einfordern – nicht in Form einer Elitendiskussion, sondern als breites gesellschaftliches Interesse, wie es in Ländern wie Großbritannien oder den USA oder auch in den skandinavischen Ländern längst etabliert ist. Mit der Bereitstellung von Fakten und Analysen unterstützt die AllBright Stiftung diesen Prozess der öffentlichen Bewusstseinsbildung zum Thema Vielfalt und Chancengleichheit. Da stehen wir in Deutschland noch am Anfang. Aber der Anfang ist gemacht, und er ist vielversprechend.

Christian Berg und Dr. Wiebke Ankersen,  
Geschäftsführung der AllBright Stiftung



Foto: Dominik Butzmann

Ana-Cristina Grohnert ist Vorstandsvorsitzende der Charta der Vielfalt: Wie die Politik von diesem Thema profitieren kann.

# Diversity ist wie Kapital

Nach drei Minuten Gespräch mit Ana-Cristina Grohnert ist klar, warum eine Managerin anders an Probleme herangeht als eine Politikerin. Zweifellos sind die Widerstände, mit denen beide zu kämpfen haben, wenn sie etwas durchsetzen wollen, ähnlich groß. Aber in der Politik geht es bei Entscheidungen immer um Mehrheiten und Kompromisse. In der Wirtschaft stehen die Ziele und am Ende das wirtschaftliche Ergebnis im Vordergrund.

Auf die Frage, wie man endlich mehr Frauen in die Politik und in die Parlamente bringt, antwortet die Hamburger Managerin: „Wenn man mehr Frauen oder überhaupt Vielfalt in der Politik will, dann muss man halt Ziele für einen bestimmten Zeitraum setzen. Das geht in der Regel nur top-down. Und dann die Entwicklung ganz genau beobachten – immer unter der Reporting- Frage: „wo stehen wir, wo müssen wir korrigieren“, um das gewünschte Ergebnis zu erreichen.“

Wenn es doch bloß so einfach wäre, diese Grundsätze im politischen Feld anzubringen!

Grohnert war bis 2019 Personalvorstand bei der Allianz, zuvor leitete sie als Managing Partner die Personalstrategie bei der Unternehmensberatung und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Ernst & Young“. Sie ist im Finanz- und Risikomanagement Expertin für Reorganisation, Transformation und vor allem Neuausrichtung im Bereich Personal. Boston Consulting zeichnete die 53jährige im vergangenen Jahr als eine der einflussreichsten

Frauen der deutschen Wirtschaft aus. Aktuell ist sie im Ehrenamt Vorstandsvorsitzende der Arbeitgeberinitiative „Charta der Vielfalt“. „Ziel der Initiative ist es, die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Arbeitswelt in Deutschland voranzubringen“, erklärt Grohnert. Organisationen sollen ein Arbeitsumfeld erschaffen, das frei von Vorurteilen gegenüber geschlechtlicher Identität, Nationalität, Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung oder Alter ist. „Vielen ist nicht bewusst, dass Diversity eigentlich die Realität ist, die wir vorfinden und die Inklusion das Ziel ist, was wir damit automatisch haben. Im Kern steht der Gedanke, dass jeder Mensch eine wertschätzende Arbeitsumgebung haben soll, die ihm ermöglicht, maximal produktiv zu sein.“

Für die überwiegende Mehrheit der Unternehmen sei dies längst nicht mehr eine Frage des ob, sondern es gehe in aller Regel darum, wie sich das erreichen lasse. Denn es gebe hinreichend Erfahrungen und Studien, die belegen, dass in Herkunft und Geschlecht gemischte Teams erfolgreicher sind.

In der Politik ist das offenbar noch nicht überall angekommen, bei der CDU ist der Nachholbedarf jedenfalls groß. Die Bundestagsfraktion besteht beispielweise gerade mal zu einem Viertel aus weiblichen Abgeordneten. Um das zu ändern ist die Frauenquote für Top-Managerin Grohnert nur der Ausgangspunkt, sie nennt das „Anschubfinanzierung“. „Der Anreiz für die Skeptiker und

# frau & info

Widerständler muss klar sein: Für eine moderne Partei lassen sich nur mehr Wählerstimmen gewinnen, wenn sie die Gesellschaft abbildet. Mehr Wählerstimmen bedeuten mehr eigene Volksvertreter, höhere Mittel aus der Parteienfinanzierung, mehr Geld für die Fraktion.“ Dafür müssten eben auch erfolgreiche männliche Politiker aktiv eintreten, statt sich damit zu beschäftigen, das Thema Quote vom nächsten Parteitag fern zu halten – nach dem Motto: Damit können wir uns gerade nicht befassen. Das Fernhalten von Frauen von bestimmten Positionen dürfe sich intern nicht rechnen. Unternehmen machen da teilweise sehr klare Zielvorgaben an die Vorgesetzten! „Umgekehrt müssen Frauen in der Politik genauso wie in der Wirtschaft kapieren, dass sie nicht den verdienten Platz am Tisch bekommen, wenn sie nicht fordern und nicht nach den Führungspositionen greifen“, sagt sie.

Das klingt kernig, aber Grohnert ist nicht umsonst Vorstandsvorsitzende der seit 2006 bestehenden Charta für Vielfalt unter Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Merkel – und Expertin für Transformation. Sie schätzt die Kanzlerin sehr, denn “Merkel weiß, wie man Macht gut nutzt, um bestimmte Dinge durchzusetzen.“ Nach Jahren in den obersten Führungsetagen der Wirtschaft weiß Grohnert, dass solches Geschick auch unter Führungskräften nicht unbedingt selbstverständlich ist. Die beiden verbindet eine Abneigung gegen egoistisches Handeln, das nicht der Sache verpflichtet ist.

Ana-Cristina Grohnert wuchs als vierte Tochter eines Lehrerehepaars in Hamburg auf, daheim wurde politisch viel diskutiert. Sie ist mit einem Juristen und Banker verheiratet, hat drei Kinder, zwei erwachsene und einen Teenager. Zur Standardfrage, die nur Frauen gestellt wird, wie sie das alles mit drei Kindern geschafft habe, entgegnet sie trocken: „Augen auf bei der Partnerwahl.“

Derzeit hat Grohnert eine kleine „Auszeit“, um ihr Buch mit dem Titel „Das verborgene Kapital“ fertig zu schreiben, das Anfang 2021 erscheinen soll. Es spannt den großen Bogen, wie sich Ökonomie und Ökologie verbinden lassen, es zeigt, dass Wertschöpfung und Wertschätzung nicht im Widerspruch stehen und wie Transformationsprozesse gelingen. Was auf den ersten Blick sehr wirtschaftlich klingt, könnte sich gerade deshalb auch als Pflichtlektüre für manchen Unionspolitiker eignen.

Vera Schalck

## Häusliche Gewalt



Foto: Norman Roy

Die kriminalstatistische Auswertung für das Jahr 2019 belegt, dass häusliche Gewalt leicht angestiegen ist. Es wurden 141.792 Opfer von Partnerschaftsgewalt in den definierten Kategorien polizeilich erfasst, knapp ein Prozent mehr als im Jahr zuvor. Zu 81 Prozent waren Frauen betroffen und zu 19 Prozent Männer. Die Hälfte der Opfer lebte zum Tatzeitpunkt mit dem Täter oder der Täterin in einem Haushalt (50,5 Prozent).

Die detaillierte Auswertung des Bundeskriminalamts wurde zum fünften Mal in Folge erstellt und gibt Einblick, in welchem Umfang und mit welchen Ausprägungen Gewalt in Partnerschaften bei der Polizei bekannt wird, welche Delikte passieren und in welcher Beziehung Täter und Opfer stehen.

An fast jedem dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Und alle 45 Minuten wird – statistisch gesehen – eine Frau Opfer von vollendeter und versuchter gefährlicher Körperverletzung durch Partnerschaftsgewalt.

Die Infrastruktur der Hilfe für gewaltbetroffene Frauen muss also noch besser werden. Wichtig ist, dass Opfer von Gewalt Hilfe und Unterstützung bekommen.

Mit dem bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ unter 08000 116 016 wird betroffenen Frauen seit 2013 bundesweit und rund um die Uhr kostenlos eine anonyme und niedrigschwellige Erstberatung in 18 Sprachen ermöglicht.

Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen sind ein Schwerpunkt im Koalitionsvertrag der unionsgeführten Bundesregierung. Mit dem Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ stellt das Bundesfrauenministerium seit Jahresbeginn und für die nächsten Jahre insgesamt 120 Millionen Euro zusätzlich für den Ausbau von Beratungsstellen und Frauenhäuser bereit.

Die gesamte Auswertung des BKA zu Partnerschaftsgewalt finden Sie hier: [www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/Statistiken/Lagebilder/Lagebilder/Partnerschaftsgewalt/partnerschaftsgewalt\\_node.html](http://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/Statistiken/Lagebilder/Lagebilder/Partnerschaftsgewalt/partnerschaftsgewalt_node.html).

# Sichtbarkeit und Gehör



BMZ gründet ein globales Netzwerk und einen Fonds für Frauen auf der Flucht.

Nach langer Zeit der Vorbereitung und Vorfreude wurde Wirklichkeit, was das BMZ vor etwa einem Jahr auf dem Globalen Flüchtlingsforum, nicht zuletzt auf Initiative von Bundestagspräsidentin a.D. Rita Süssmuth, angekündigt hatte: Ein weltweit agierendes Netzwerk ins Leben zu rufen, welches Frauen auf der Flucht Sichtbarkeit und Gehör verleiht sowie ihre politische und wirtschaftliche Teilhabe fördert. Denen eine Stimme zu verleihen, die sonst oft nicht gehört werden, ist mir ein persönliches Herzensanliegen. 25 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking besteht bei der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen weiterhin Handlungsbedarf. Auch wir hier in Deutschland sollten da in den Spiegel schauen: derzeit sind im Bundestag nur ein Drittel der Abgeordneten Frauen.

Frauen und Mädchen machen fast die Hälfte aller Menschen auf der Flucht weltweit aus und sind doch meist abwesend in der öffentlichen Wahrnehmung. Wir wissen, dass Frauen oft einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, sexuelle und andere geschlechtsspezifische Gewalt zu erfahren. Sie haben weniger Zugänge, um sich politisch und wirtschaftlich zu beteiligen, und sitzen zu selten am Verhandlungstisch, obwohl Entscheidungen getroffen werden, die sie direkt betreffen. Und obwohl gerade die Staaten in der friedlichen Konfliktlösung erfolgreicher sind, in denen auch Frauen Verantwortung tragen. Das ist in gewisser Weise paradox und ein echter Verlust, denn: gerade die Frauen zeigen in Krisen immer wieder eine besondere Resilienz. Sie sind selbstbestimmte Akteurinnen, die Wandel vorantreiben. Als solche müssen wir sie sehen und stärken. Das BMZ geht hier mit gutem Beispiel voran. Für das Aktions-

netzwerk haben wir 18 Frauen aus der ganzen Welt zusammengebracht. Unter ihnen sind Politikerinnen, Gründerinnen und Aktivistinnen – einige von ihnen mit eigener Fluchtgeschichte. Oft wurde betont, dass es Taten mehr noch als Worte brauche. Und so wurde direkt beim 1. Treffen entschieden, Projekte für Frauen auf der Flucht umzusetzen. 3,5 Millionen Euro haben wir dafür über den Women's Peace and Humanitarian Fund der VN bereitgestellt. So wollen wir sicherstellen, dass die praktischen und innovativen Ideen des Netzwerks direkt in die Tat umgesetzt werden können. Als erste Länder werden Kolumbien, Nigeria und Jemen profitieren – so haben es die Netzwerkmitglieder gemeinsam festgelegt. Der inhaltliche Schwerpunkt der Netzwerkarbeit für die vor uns liegenden Monate soll auf der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen auf der Flucht liegen. Weitere relevante Themen wurden in einer gemeinsamen „Roadmap“ festgelegt, die die Mitglieder beim ersten Treffen verabschiedeten.

Klar ist auch, dass wir für das Netzwerk starke Partnerinnen und Partner brauchen. Es erfüllt mich mit Stolz, dass wir international hochrangige Unterstützerinnen und Unterstützer gewinnen konnten. Wir sind fest entschlossen mit diesem Netzwerk Großes zu bewegen. Es soll Gleichberechtigung, Eigenständigkeit und Teilhabe fördern – und so für die betroffenen Frauen Türen öffnen in eine bessere Zukunft.

Dr. Maria Flachsbarth MdB ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Foto: BStU/Schwelle

Repression, Revolution, Aufklärung – Am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale verkörpert dieser Dreiklang die Idee des „Campus für Demokratie“.

# Repression, Revolution, Aufklärung

Die Idee, das Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in einen lebendigen Ort zur Auseinandersetzung mit Demokratie und Menschenrechten zu verwandeln, habe ich noch im ersten Jahr meiner Amtszeit in die Diskussion gebracht. Für mich ist dieser Ort herausragend geeignet, den Herausforderungen der Demokratie im Spiegel von Repression und Revolution zu begegnen. Er beherbergt seit 1990 das Stasi-Unterlagen-Archiv und das Stasi-Museum und bringt aus seiner Geschichte all das mit, was es für einen facettenreichen Diskurs braucht.

Ort der Repression. Die Stasi-Zentrale ist eine Ansammlung an Gebäuden, die über 40 Jahre gewachsen den Mitarbeitern in der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit ihre Büros, Telefone und Alltagsabläufe gab. In Berlin-Lichtenberg hatte Stasi-Minister Mielke seinen Dienstsitz in „Haus 1“ und zu Hoch-Zeiten verbrachten hier in über 40 weiteren Gebäuden ca. 7.000 hauptamtliche Staatssicherheitsbedienstete ihren Büroalltag. Es ist der Ort der Schreibtischtäter, dort wo das „Schild und Schwert der Partei“, wie sich die Stasi in der SED-Diktatur nannte, sein Denken zu Papier brachte und die Anweisungen zur Beobachtung, Verfolgung und oft auch zur Verhaftung von politisch missliebigen Bürgern verfasste. Von diesem Ort ausgehend wurde aus den Anweisungen eine Realität, die das Leben von Zehntausenden von Menschen erfasste und oft zerstörte.

Ort der Revolution. Doch dieser Ort ist nicht nur ein Ort des Repressionsapparates der SED-Diktatur. Er ist auch ein Ort der Friedlichen Revolution in der DDR. Hier besetzten am 15. Januar 1990 mutige Bürgerinnen und

Bürger die Zentrale der Stasi, nachdem sie es bereits ab Anfang Dezember 1989 in den Regionen getan hatten. Mit diesem Akt sicherten sie die Akten der DDR-Geheimpolizei vor einer weiteren Vernichtung. Und sie setzten erstmalig in der Welt durch, dass diese Akten komplett und sofort der Gesellschaft zur Verfügung stehen, im Besonderen den Betroffenen selber, die jahrzehntelang von der Stasi ins Visier genommen wurden.

Ort der Aufklärung. Seit nun 30 Jahren wird an diesem Ort das praktiziert, was eine Forderung der Friedlichen Revolution war. „Jedem seine Akte!“ Es ist der Ort, an dem die Stasi-Unterlagen auf rechtsstaatlicher Basis zugänglich gemacht werden – für die Aufklärung des eigenen Schicksals, für Forschung und Medien, für öffentliche Stellen durch den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Die Akten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv unterstützen somit in einmaliger Weise die Aufklärung über die Herrschaftsmechanismen der Diktatur. Mit der Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“ in „Haus 7“ kann sich seit 2018 auch jeder täglich mit der Arbeit des Archivs auseinandersetzen.

Die ehemalige Stasizentrale steht historisch für die Repression durch die SED-Diktatur. Gleichzeitig aber steht sie historisch auch für eine zweite, stärkere Botschaft: Diktatur ist überwindbar! Menschen haben die Kraft, gegen Unrecht anzugehen, ihre Rechte einzufordern und einem Staat Rechenschaft für sein Handeln abzuverlangen. Genau das macht diesen Ort heute zu einem besonderen Lernort für Demokratie.

Engagierte Menschen gestalten schon seit den Zeiten der Revolution die Idee der Auseinandersetzung mit Re-



Foto: BStU/Witzel

pression am Ort der Diktatur mit Blick auf unsere Gesellschaft heute. Der Verein ASTAK e.V. (Antistalinistische Aktion) managt das Stasi-Museum in „Haus 1“, dem ehemaligen Dienstsitz von Stasi-Minister Mielke. Der Verein bemüht sich seit 1990 das Erbe des Hauses zu erhalten, um den nächsten Generationen vom Wirken der Stasi zu erzählen, gerade an einem Ort, der auch die Banalität der Macht bezeugt.

„Haus 1“ ist zugleich auch ein Beispiel für das Zusammenwirken von zivilgesellschaftlichem und staatlichem Engagement an diesem Ort. Die ASTAK und die Ausstellungsmacher des BStU haben 2014 gemeinsam eine neue Dauerausstellung mit dem Titel „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ in „Haus 1“ erarbeitet. Im vierten Stock von „Haus 1“ vermittelt das Bildungsteam des BStU mit seinen Materialien aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv lebendig Geschichte und Quellen am historischen Ort. Darüber haben etliche Opfer-Initiativen in den weiteren vier Etagen ihre Büros, allen voran die Union der Opferverbände (UOKG).

Am 17. Juni 2016, dem Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR, eröffnete die Robert-Havemann-Gesellschaft im Innenhof des Geländes ihre erfolgreiche Open-Air-Ausstellung über die Friedliche Revolution: „Revolution und Mauerfall“ hat nun einen dauerhaften Platz an diesem historischen Ort gefunden. Damit will der Verein deutlich machen, dass die Besetzung der Stasi-Zentrale ein wichtiger Teil der Friedlichen Revolution war, aber auch bewusst genau hier die Geschichte der DDR aus Sicht der Opposition und der Dissidenten darstellen. Die

Robert-Havemann-Gesellschaft ist mit ihrem Archiv der DDR-Opposition seit 2018 ebenfalls auf dem Gelände vertreten.

Die vom Deutschen Bundestag nun beschlossene Übergabe der Verantwortung für das Stasi-Unterlagen-Archiv an das Bundesarchiv und die Einrichtung eines neuen Opferbeauftragten beim Bundestag bieten eine hervorragende Perspektive auch für den Campus. Das geplante Archiv-Zentrum zu allen staatlichen Akten der DDR an diesem Ort verstärkt die Möglichkeit der Forschung zur DDR. Es soll neben dem Stasi-Unterlagen-Archiv alle im Bundesbesitz befindlichen Unterlagen zur DDR lagern. Dies kann als Motor für die weitere vielfältige Nutzung des Ortes gesehen werden.

Der „Campus für Demokratie“ richtet den Blick nach vorne. Die Kultur des Erinnerns gibt uns die Chance, die Erfahrungen der Vergangenheit zu nutzen und uns für die Herausforderungen der Demokratie und die Werte von Freiheit und Menschenrechten zu sensibilisieren. In diesem Sinne ist es zu begrüßen, dass sich die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag letztes Jahr in ihrem Leipziger Aufruf dazu bekennt: ein „Zentrum für Oppositions- und Widerstandsgeschichte (1945 – 1989) – ein Demokratieforum für Gegenwart und Zukunft – am Ort des Archivs der DDR-Opposition in der ehemaligen Stasi-Zentrale einzurichten.“ Bleibt zu hoffen, dass aus den Worten auch Taten werden.

Roland Jahn ist Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (BStU)

# Die ganz normalen Frauen von Belarus



Foto: Tobias Koch

„Die Frauen in Belarus erreichen hoffentlich mehr als den Regimewandel in ihrem Land. Sie dienen anderen Frauen weltweit als Vorbild“, so die stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagfraktion Dr. Katja Leikert.

Seit Monaten lesen wir alle von den schrecklichen Zuständen auf den Straßen in Belarus. Ein Diktator klammert sich an die Macht, seine Funktionselite und die Sicherheitskräfte verteidigen ihre Pfründe mit allen Mitteln und auf der Straße werden tagtäglich Menschen geschlagen, verhaftet und weggekartet. Menschen, die dafür eintreten, dass ihr Land nicht nur geographisch in Europa ankommt. Mutige Menschen; Menschen, die ihre Zukunft selbst gestalten wollen.

Was macht das mit uns? Wenn wir ehrlich sind, haben wir uns mittlerweile ein Stück weit daran gewöhnt, dass Menschen weltweit für ihr Verlangen nach Freiheit, nach Würde und nach Gerechtigkeit bluten. All diese Bilder und Berichte sind uns aus Tagesschau und Youtube seltsam vertraut. Ich merke diese merkwürdige Form der Abstumpfung auch bei mir selbst. Dabei müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen, wie wichtig es ist, dass wir diese Bilder überhaupt sehen können. Dass es eine der wichtigsten Errungenschaften der Digitalisierung unserer Welt überhaupt ist, dass diese Menschen von ihren Unterdrückern eben nicht medial vom Rest der Welt abgeschnitten werden können. Auch aus diesem Grund geht von diesen Bildern eine ungemeine Kraft aus. Wie ein Dominostein, der gegen den nächsten fällt, können sie die Welt verändern. Stück für Stück, Stein für Stein.

Denn es gibt eben auch Bilder, die uns nicht mehr aus dem Kopf gehen. Dazu gehören ganz sicher die mutigen Frauen von Belarus. Frauen wie die 73-jährige Nina Baginskaja oder Jelena Lasartschik, der die Staatsmacht vorüber-

gehend ihr Kind wegnahm, erheben tagtäglich ihre Stimme und gehen für ihre Rechte auf die Straße. Ihr Freiheitskampf endet eben nicht bei den Gallionsfiguren wie den auch in Deutschland medial bekannten und so wichtigen Oppositionspolitikerinnen Svitlana Zichanouskaja, Marija Kolesnikowa, Weranika Zapkala und Swjatlana Aleksijewitsch, sondern fängt bei diesen Leuchtfiguren erst an und reicht bis zu der 18-jährigen Studentin, die von ihrer Fakultät ausgeschlossen wird, weil sie keine Verantwortung für die Existenz eines solchen Regimes tragen mag.

Doch warum sind es vor allen Dingen Frauen, die diesen Kampf bis zum Ende durchfechten wollen und – da bin ich zuversichtlich – auch werden? Die Gründe hierfür liegen eigentlich auf der Hand: Auch in Belarus sind es vor allem Frauen, die am meisten durch Veränderung zu gewinnen haben. Das verkrustete Regime von Lukaschenka hält sich auf ihre Kosten. Sie verdienen absurd weniger als ihre männlichen Landsleute und sie ersetzen innerfamiliär einen Großteil aller staatlichen Sozialsysteme. Unter Lukaschenka sind Frauen in Belarus auch ohne die Teilnahme an Demonstrationen eine besonders von Repression betroffene Gruppe.

Die Frauen in Belarus erreichen hoffentlich mehr als den Regimewandel in ihrem Land. Sie dienen anderen Frauen weltweit als Vorbild. Die Frauen in Belarus agieren seit Beginn der Proteste geschlossen, sie werden dadurch wehrhafter und schaffen sich einen eigenen Demonstrationskosmos, in dem sie nicht auf die Bestätigung männlicher Demonstrierender angewiesen sind. Damit zeigen



Foto: stock.adobe.com – Jane

sie unterdrückten Frauen auf der ganzen Welt, dass politische Teilhabe in Oppositionsbewegungen auch unter widrigsten Umständen keine männliche Domäne bleiben muss – ja nicht bleiben kann, wenn Gleichberechtigung der Anspruch ist.

Die Frauen auf den Straßen von Minsk, Homel und Hrodna stehen für eine neue Normalität. Indem sie das Undenkbare möglich machen, setzen die Frauen von Belarus neue Standards, hinter die sie nicht mehr zurückfallen werden. Protestierende Frauen auf den Straßen von Belarus sind eben keine exotische Zeitgeisterscheinung mehr. Sie sind Teil einer neuen Realität. Und, das prophezeie ich, sie werden auch weltweit Teil einer neuen Realität werden. So wie die kämpfenden und sterbenden Frauen der Kurdischen Truppen gegen den IS Teil einer neuen Realität wurden. Meine große Hoffnung ist, dass das Beispiel der Frauen in Belarus den Frauen in Eritrea, in Venezuela und Turkmenistan Glauben in die eigene Kraft zur Veränderung gibt.

Die Geschichte der Frauen auf den Straßen von Belarus ist im Übrigen noch keineswegs auserzählt. Denn sie stehen vor einer doppelten Transition, vor einer zweifachen Herausforderung: Einerseits müssen sie wie alle Belarussen eine Möglichkeit finden, das alte Regime abzulösen und neue Strukturen aufzubauen – andererseits müssen sie aber gleichzeitig dafür sorgen, dass ihre Stellung im neuen Staat Belarus eine andere ist. Dass der neue Staat ihnen die Möglichkeit gibt, am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben so mitzuwirken, wie es ihnen zusteht – dass die gleichberechtigte

Teilhabe von Frauen in allen Teilen des Zusammenlebens ganz normal wird. Dabei müssen wir die Frauen in Belarus unterstützen. Der Bundestag hat auch dafür der Bundesregierung Anfang November konkrete Wege zur Unterstützung aufgezeigt. So brauchen die Betroffenen finanzielle Unterstützung, sie brauchen Möglichkeiten, ihre Karrieren und Bildungswege trotz Repressalien fortzusetzen, sie brauchen Unterstützung bei der Organisation und vor allem brauchen sie die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Wir dürfen die Frauen von Belarus nicht aus dem Auge verlieren – gerade, weil sie zur Normalität wurden.

Dr. Katja Leikert MdB ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Die Corona-Zeit hat unserer Partei einen digitalen Modernisierungsschub gegeben. Die digitale Kreisvorsitzenden-Konferenz der Frauen Union aus dem Konrad-Adenauer-Haus war kein „Neuland“ mehr.

## #KVK2020- Klartext!

Die erste digitale Kreisvorsitzenden-Konferenz der Frauen Union der CDU war im ersten Teil geprägt von einem Austausch der Kreisvorsitzenden für mehr Frauen in der CDU und in den Parlamenten mit der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer. „Frauen sind entscheidend, wenn wir Wahlen gewinnen wollen. Neue Frauen lassen sich nur gewinnen, wenn die CDU personell, inhaltlich und in der Mitwirkung attraktiv ist“, betonte die Bundesvorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz in der Diskussion. Hier ziehen die beiden Vorsitzenden an einem Strang. Annegret Kramp-Karrenbauer sagte deutlich: „Mit unserem Vorschlag setzen wir ein Zeichen dafür, den Anteil an Frauen in unserer Partei zu stärken. Es muss sich unbedingt strukturell etwas ändern, deshalb kämpfe ich weiter für die Frauenquote.“

Im zweiten Teil führte die Vorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz in das Thema „Perspektivwechsel jetzt! Für ein Sexkaufverbot und besseren Schutz von Frauen ein“. Tatsächlich hat gerade der Lockdown im Frühjahr offenbart, wo die Schwachstellen der Gesetzgebung im Bereich Prostitution liegen und das ganze Elend vieler betroffener Frauen offenbart, über 90 Prozent kommen aus dem Ausland. Menschenhandel und Armut sind vielfach der Hintergrund. Corona bot Gelegenheit innezuhalten und neu zu überlegen.

Der Bundesvorstand der Frauen Union hat sich nach intensiven Beratungen am 29.6.2020 für einen Perspektivwechsel in der Prostitution, für ein Sexkaufverbot und für besseren Schutz von Frauen ausgesprochen.

In Schweden gibt es seit über 20 Jahren ein Verbot Sex zu kaufen. Prostitution selbst steht nicht unter Strafe. Das heißt, Freier können bestraft werden, Prostituierte nicht. Das hat die Machtverhältnisse umgekehrt. Die Frauen können sich unbesorgt an die Polizei wenden, wenn ihnen Gefahr droht. Aber jeder Freier muss damit rechnen, angeklagt zu werden. Seither gab es in Schweden keine Prostituiertenmorde mehr. Sexkauf ist in Schweden heute gesellschaftlich stigmatisiert. Das ist ein ganz wichtiges Erkenntnis.

Rechtliche Änderungen können einen Mentalitätswechsel herbeiführen. Denn das ist mindestens so wichtig wie die Strafandrohung, um insgesamt zu einem Rückgang der Nachfrage zu kommen. Damit wird Prostitution wirtschaftlich immer unattraktiver für Menschenhändler, Zuhälter und Bordellbesitzer.

Die Psychologische Psychotherapeutin Dr. Ingeborg Kraus, die ehemalige Betroffene von Menschenhandel und Prostitution und Mitglied von Sisters e.V. Sandra Norak und Kriminaloberrat a. D. Helmut Sporer gaben den Input mit ihren Erfahrungen und ihrer Expertise. Das war sehr bewegend. Wie human unsere Gesellschaft ist, zeigt sich auch daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Das gilt auch für Frauen in der Prostitution, denen Tag für Tag Gewalt angetan und deren Würde verletzt wird.



Weibliche Kandidaturen der CDU bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg.

# Es geht voran

Bundesweit letzter oder vorletzter Platz bei den weiblichen Landtagsabgeordneten, der Frauenanteil in der CDU-Fraktion noch geringer: das ist bisher das ernüchternde Bild im Landtag Baden-Württemberg.

Gerade einmal 13,3 Prozent Frauen in der CDU-Fraktion nach der Wahl 2011, 16,6 Prozent nach der Wahl 2016: mit diesen Zahlen wollte sich die Frauen Union der CDU Baden-Württemberg nicht mehr abfinden. Da es für die Landtagswahl in Baden-Württemberg lediglich ein Einstimmenwahlrecht und keine Landesliste gibt, setzt sich die Frauen Union schon lange für eine Reform des Landtagswahlrechts ein mit dem Ziel, die Chancen von Frauen, ein Mandat zu erlangen, zu verbessern. Bisher allerdings ohne Erfolg.

Neben der Forderung nach einer Reform in der nächsten Legislaturperiode hat sich der Landesvorstand der Frauen Union auf den Weg gemacht, auch unter den bestehenden Bedingungen mehr weibliche Kandidaturen für die CDU bei der Landtagswahl am 14. März 2021 zu erreichen.

Beflügelt hat uns dabei die Tatsache, dass die CDU mit Susanne Eisenmann das erste Mal eine Spitzenkandidatin stellt und so die Chance besteht, dass Baden-Württemberg ab 2021 erstmalig von einer Frau – und darüber hinaus einer CDU-Frau – regiert wird. Diesen Schwung für alle CDU-Frauen mitzunehmen und ihr den Rücken zu stärken war uns Ansporn und Motivation.

Bei unserer Klausurtagung im Oktober vergangenen Jahres haben wir uns systematisch die 70 Wahlkreise angesehen und seither in jeder Sitzung den Stand durchgesprochen: Wo treten Mandatsträger nicht mehr an, besteht also die Chance, eine Frau ins Rennen zu schicken? Und welche Wahlkreise sind derzeit vakant? Mögliche Kandidatinnen wurden gesucht, Gespräche geführt und Überlegungen angestellt, wie sich die Damen innerhalb des jeweiligen Wahlkreises in der CDU bekannt machen und durchsetzen können.

Vieles hat geklappt, aber vieles auch nicht, manche sind auf dem Weg wieder abgesprungen und einige haben es leider nicht geschafft, sich parteiintern in ihrem Wahlkreis durchzusetzen. Bei fast allen Nominierungen gab es Gegenkandidaten – es ist also keiner leicht gemacht worden. Dennoch: Die Mühe hat sich gelohnt: Im Ergebnis sind nun 31,4 Prozent und dazu nahezu ein Drittel der Erst- und 47,1 Prozent der Zweitkandidaturen weiblich und schon jetzt sehen wir: Mit ihnen präsentiert sich die CDU weiblicher, vielfältiger,munterer und bunter – kurzum modern!

Wir werten diese Entwicklung als Erfolg und wissen zugleich: Von selbst geht nichts. Uns ist bewusst, dass noch viele dicke Bretter zu bohren sind und der Weg nicht gradlinig verläuft. Deshalb wollen wir unser Netzwerk weiter stärken und die Kandidatinnen in ihrem Wahlkampf möglichst gut unterstützen mit dem Ziel, dass sie letztendlich dann auch erfolgreich sind.

# frau & buch

## Digitale Entlastung für Familien



Die ersten Tage und Wochen nach der Geburt eines Kindes sind nicht nur besonders schön und aufregend – sondern auch ziemlich stressig. Doch zumindest bei den anstehenden Behördengängen winkt allen jungen Eltern bald Entlastung. Namensbestimmung, Antrag auf Elterngeld und Kindergeld können demnächst in einem digitalen Kombi-Antrag beantragt werden.

Möglich wird das durch das „Gesetz zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen“.

Und das funktioniert so: Wenn Eltern einverstanden sind, müssen die Daten für neugeborene Kinder nicht mehrfach eingegeben werden, stattdessen tauschen die beteiligten Behörden die erforderlichen Daten einfach untereinander aus und fragen die Entgeltaten für die Berechnung der Höhe des Elterngeldes bei den Arbeitgebern ab. Ergebnis: Der Gang zum Amt entfällt.

Hier wird deutlich: Es geht um mehr, als nur das Papierformat einfach in eine digitale Form zu überführen. Die Potenziale der Digitalisierung werden durch das neue Gesetz konsequent genutzt, um den Zugang zu den Familienleistungen so stark wie möglich zu vereinfachen.

Die Kandidatinnen geben sich untereinander in einer speziellen WhatsApp-Gruppe Hinweise und Tipps. Zudem hat der FU-Landesvorstand auf der Basis einer Abfrage ein Coaching-Programm aufgelegt, das auf die dort formulierten Bedarfe der Erst- und Zweitkandidatinnen zugeschnitten ist und mit dem Ende Oktober begonnen wurde.

Dass es jetzt gute Zahlen bei den Erstkandidaturen gibt, bringt uns nicht ab, eine Reform des Landtagswahlrechts zu fordern. Denn es muss ein Anliegen der CDU sein, dass die Belange von Frauen und die weibliche Sicht auf Sachverhalte in den politischen Entscheidungsprozessen angemessen zur Geltung kommen und die Kompetenz von Frauen auch im politischen Diskurs mehr Entscheidungsrelevanz erhält. Nicht zuletzt die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben diese Notwendigkeit unterstrichen.

Nach unserer Überzeugung hat die Diskussion innerhalb der CDU zu mehr Frauen in Ämtern und Mandaten für das Thema sensibilisiert und sich insgesamt auch positiv ausgewirkt, wenn auch einige, insbesondere was den Reizbegriff „Frauenquote“ anbelangt, explizit Gegenwind bekamen.

Susanne Wetterich ist Landesvorsitzende der Frauen Union der CDU Baden-Württemberg

### Impressum

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070452 · Telefax 030 22070439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 8020 · Telefax 02226 802111 · Telefon Vertrieb 02226 802213 · Geschäftsführer: Jürgen von Meer · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,00 Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Raiffeisenbank Voreifel eG (IBAN DE933706962 70076204012, BIC GENODED1RBC) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

## Das neue Kreativportal der CDU!

# cdu-kreativ.de

## Individualisieren Sie Ihre Druckerzeugnisse!

### Glückwunschkarte

ab 6,96 Euro inkl. MwSt zzgl. Versandkosten  
Individualisieren Sie Ihre Karte.  
Für unterschiedliche Anlässe geeignet.



### Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Lorem ipsum dolor sit amet, consectetur sadsipscing elit, sed diam nonummy eirmod tempor invidunt ut labore et dolore magna aliquyam erat, sed diam voluptua.

Lorem ipsum dolor sit

*Mona Muster*

Mona Muster  
Lorem ipsum dolor sit

### Mitgliedsantrag

ab 15,08 Euro inkl. MwSt zzgl. Versandkosten



### Visitenkarten

ab 11,02 Euro inkl. MwSt zzgl. Versandkosten  
Platzieren Sie Ihre Social-Media-Kontakte  
werbewirksam auf der Rückseite.